

Die Frage des Zusammengehens der deutschböhmisches Parteien mit den Sozialdemokraten.

Die Auffassung der deutschen Sozialdemokraten.

Wien, 15. März.

Der Verband der deutschböhmisches Reichsratsabgeordneten, der in seiner gestrigen Tagung den Beschlüssen des Deutschböhmisches Landtagsverbandes bezüglich des vom Deutschen Nationalverbande aufgestellten Programmes beigetreten ist, beauftragte, wie wir gemeldet haben, der Vollzugsausschuß des Verbandes der deutschböhmisches Reichsratsabgeordneten, festzustellen, ob ein Eintreten der sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Deutschböhmens für die Grundforderungen des deutschen Volkes in Böhmen in bezug auf die Selbstverwaltung, auf die Schulfrage und auf die Sprachenfrage bei den staatlichen und autonomen Behörden zu erzielen wäre.

Aus den Kreisen der deutsch-sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten verlautet, daß dieselben nicht geneigt seien, bezüglich dieser angekündigten Grundlagen des Programms mit den deutschbürgerlichen Abgeordneten in Böhmen in Verhandlungen einzutreten. Die sozialdemokratischen Abgeordneten verweisen darauf, daß es nicht angehe, ohne Einwendungen zu erheben, einem bereits feststehenden Programm sich anzuschließen. Im vorliegenden Falle wäre dies um so weniger möglich, als

die Auffassung der Sozialdemokraten über die grundlegenden Fragen bezüglich der Selbstverwaltung, der Schulfrage und der Sprachenfrage in Böhmen von jener der deutschbürgerlichen Parteien in vielen Punkten abweiche. Es müßte daher allen weiteren Verhandlungen erst die Ausgleichung dieser bestehenden Differenzen vorausgehen.